

"Ohne Fabrikbesetzungen hätte es vielleicht keinen Faschismus gegeben..."

Autor(en): **Rimensberger, E.F.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **35 (1943)**

Heft 9

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353131>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

„Ohne Fabrikbesetzungen hätte es vielleicht keinen Faschismus gegeben...“

Von E. F. R i m e n s b e r g e r.

In seinem kürzlich in der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft gehaltenen Vortrag über den Arbeitsfrieden und seine Voraussetzung hat Kollege Nationalrat K. Ilg die von grossem Verantwortungsbewusstsein getragene Feststellung gemacht: «Obwohl ich für meine Behauptung keine greifbaren Beweise zu erbringen vermag, wage ich doch zu sagen, dass viele schlimme Ereignisse eine andere Wendung genommen hätten, wenn es auch im Ausland rechtzeitig gelungen wäre, die Zusammenarbeit der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften in den wichtigsten Industrien zu organisieren und auszugestalten.» Wenn nachstehende Ausführungen in bescheidenem Bestreben dazu beitragen können, die von Kollegen Ilg aufgeworfene Frage beantworten zu helfen, so haben sie ihren Zweck erfüllt.

I.

Die Worte des Titels hört und liest man nun im Zusammenhang mit dem Sturz des Faschismus in Italien. Es wird damit eine Legendenbildung fortgesetzt beziehungsweise wieder aufgenommen, die bald nach der Machtergreifung des Faschismus ihren Anfang genommen hat und nichts weniger bedeutet als eine Verwechslung von Ursache und Wirkung. Es ist deshalb gut und nützlich, solchen hämischen Bemerkungen auf der einen Seite und allzu naiven Freudenausbrüchen auf der andern Seite einige unbestreitbare Tatbestände gegenüberzuhalten, damit die während 20 Jahren mit Blut und Tränen bezahlten bitteren Erfahrungen nicht durchaus vergeblich gewesen sind. Es kann und soll vielleicht gerade heute und in Verbindung mit den neuesten Ereignissen in Italien daran erinnert werden, dass es nicht etwa die Faschisten oder Nationalsozialisten waren, die damals im Interesse der Rettung ihres Landes vor wirtschaftlichem und politischem Chaos der Vernunft und jener Bescheidenheit das Wort redeten, die angesichts der erschwerten Verhältnisse nach dem letzten Krieg geboten erscheinen konnten. Die Faschisten und Nationalsozialisten stellten im Gegenteil Programme auf, *neben denen sich die sozialpolitischen und traditionellen politischen Forderungen der Parteien, denen die «Erneuerer» den Garauus machten, äusserst bescheiden, ja nahezu ärmlich ausnahmen.*

In dem am 25. Februar 1920 im Hofbräuhaus in München zur Annahme gelangten Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird zwar im ersten Satz mit moralischer Entüstung gesagt, «dass es die Führer ablehnen, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen». Hierauf folgen die bekannten 25 Punkte, die allerdings eine Garantie dafür waren,

dass das Fortbestehen der Partei ohne neue Unersättlichkeiten auf absehbare Zeit gesichert erschien. Es wurde der energische Kampf angekündigt gegen «die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten (!) ohne Rücksichten auf Charakter und Fähigkeiten». Es wurden gefordert und versprochen: die «Abschaffung des Arbeits- und mühelosen Einkommens», die «restlose Einziehung aller Kriegsgewinne», die «Verstaatlichung aller Trusts», die «Gewinnbeteiligung an Grossbetrieben», die «sofortige Kommunalisierung der Gross-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende», die «unentgeltliche Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke», die «Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation» und schliesslich sogar der «gesetzliche Kampf gegen die bewusste politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse».

Am Schluss des Programms wird feierlich der Grundsatz niedergelegt: «Dieses Programm ist unabänderlich.» Es wird dann weiter gesagt:

«Es heisst dies nicht etwa, dass jedes Wort genau so stehen bleiben muss wie es steht, es heisst dies auch nicht, dass eine Arbeit an der Vertiefung und dem Ausbau des Programms verboten sein soll, es heisst dies aber mit aller Entschiedenheit und unbeugsamer Deutlichkeit: An den Grundlagen und Grundgedanken dieses Programms darf nicht gerüttelt werden.

Es gibt kein Drehen und Wenden aus etwaigen Nützlichkeits-erwägungen, es gibt kein Versteckenspielen mit wichtigsten, der heutigen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung besonders unangenehmen Programmpunkten, und es gibt kein Schwanken in der Gesinnung.

Die beiden Eckpfeiler des Programms sind auch äusserlich von Adolf Hitler durch Sperrdruck herausgehoben worden.

Gemeinnutz vor Eigennutz, das ist die Gesinnung dieses Programms, und

Brechung der Zinsknechtschaft ist das Herzstück des Nationalsozialismus.

Beide Punkte zusammen erreicht, bedeuten den Sieg der heraufziehenden universalistischen Gesellschaftsordnung des «wahren Staates» über die heutige Zersetzung von Staat, Volk und Wirtschaft unter dem verderblichen Einfluss der heute geltenden individualistischen Vorstellung vom Bau der Gesellschaft. Der heutige Unstaat mit seiner Unterdrückung der arbeitenden Klassen, dem Schutz des Raubeigentums der Bank- und Börsenschieber ist der Tummelplatz rücksichtslosester privater Bereicherung, gemeinsten politischen Schieber- und Strebertums geworden; es gibt keine Rücksicht auf den Nächsten, den Volksgenossen, kein höheres sittliches Band; die brutalste Macht, die Geldmacht, herrscht schrankenlos und wirkt ihren verderblichen, zerstörenden Einfluss auf Staat, Volk, Gesellschaft, Kultur, Sitte, Theater, Schrifttum und alle sittlichen Unwägbarkeiten aus.

In diesem Riesenkampf darf es natürlich kein Schwanken, keine Aenderung, kein Zurückweichen geben —, hier gibt es eben nur Sieg oder Untergang.»

Der Verfasser dieses Programms, Gottfried Feder, dem von Hitler persönlich «die letzte Entscheidung für alle Fragen übertragen wurde, die sich auf das Programm beziehen», ist bald nach der Machtergreifung in die Wüste geschickt worden. Was das Programm selber betrifft, so ist jeder Erdenbürger über seine Erfüllung und Unabänderlichkeit auf dem laufenden.

Auch das kurz vor den Parlamentswahlen im Jahre 1919 in Italien herausgegebene Programm der «nationalsozialistischen» Partei Italiens ging in manchen Forderungen viel weiter als die Arbeiterschaft. Es verlangte nichts mehr und nichts weniger als die direkte Teilnahme der Arbeiter an der technischen Leitung der Industrien, die Festsetzung von Mindestlöhnen, das Recht für die Arbeiterorganisationen, «Industrien und öffentliche Dienste zu verwalten», eine hohe und progressive Kapitalabgabe «zum Zwecke einer teilweisen Enteignung aller Reichtümer», die Beschlagnahme allen Eigentums aller religiösen Vereinigungen usw.

Im Februar/März 1919, als die dem italienischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen den Rahmenvertrag für die Einführung der 48-Stunden-Woche abschlossen, der u. a. die Bestimmungen vorsah, dass vor der Einleitung irgendwelcher Streiks und Aussperrungen zwischen den zuständigen Organisationen verhandelt werden soll, bezeichnete die faschistische Arbeiterunion dieses Vorgehen als Verrat an der guten Sache. Sie forderte für die Arbeiter das Recht, zu streiken, wo und wann es ihnen passt und ohne durch irgendwelche Besprechungen und Verhandlungen gehindert zu sein. Sie verlangte an Stelle der 48-Stunden-Woche die 44-Stunden-Woche bei gleichbleibendem Lohn und verstand es sogar, auf diese Weise Streiks in Mailand und seinem Industriegebiet zu provozieren. Dieser Stellungnahme gegenüber erklärte der freigewerkschaftliche Metallarbeiterverband offen, dass sich nach seiner Ansicht die italienischen Industrien unter den damaligen Umständen die 44-Stunden-Woche nicht leisten können und sie deshalb vom Metallarbeiterverband auch dann nicht gefordert werde, wenn es in seiner Macht läge, die Forderung durchzudrücken.

Die in der Öffentlichkeit entfaltete allgemeine Propaganda der Faschisten war nicht weniger radikal. Schon kurz nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes veröffentlichte die faschistische Arbeiterunion ein Manifest, in dem es u. a. hiess: «Der grösste Sieg der Jahrhunderte ist errungen. Die Tyrannei musste vor der erhabenen Göttin der Freiheit das Haupt senken. Arbeiter, freut euch als Italiener und als Menschen, die zu ihrer Befreiung als Klasse schreiten» (einige Jahre später brüsteten sich die Faschisten damit, «den stinkenden Kadaver der Freiheit begraben zu haben»).

In den ersten beiden Jahren nach dem Krieg bis kurz vor der Machtergreifung des Faschismus gab es keinen Streik und keine Unruhe, die die Faschisten nicht energisch unterstützten. Man kann

sich zur Illustration dieser Einstellung als Gegenstück die ebenfalls bis zur Machtergreifung im Berliner Sportpalast abgehaltenen Arbeiterdemonstrationen der Nationalsozialisten in Erinnerung rufen, die ebenfalls die schärfsten Forderungen aufstellten und das schlappe Verhalten der «Reformisten» anprangerten. Man erinnert sich an den grossen Verkehrstreik in Berlin, wo die Kommunisten und Nationalsozialisten miteinander Streikposten standen und wetteiferten in der Propaganda gegen die sozialistischen Arbeitervertreter, die diese grosse Aktion der «revolutionären Arbeiterschaft» sabotierten.

II.

Wie verhielt es sich nun mit der Besitzergreifung von Grund und Boden und den polemisch so berücktigten und ausgiebig verwerteten Fabrikbesetzungen?

Um die Soldaten bei der Stange zu halten, war die Verteilung von Grundbesitz unter die Kriegsteilnehmer schon während des Krieges Gegenstand der öffentlichen Diskussion und der Propaganda unter den Bauern. Der Ausruf «Grund und Boden den Bauern!» war das Leitmotiv einer Unzahl von Reden und Broschüren. Es ging dabei hauptsächlich um die Gebiete Süditaliens und Siziliens, d. h. um die dortigen grossen Latifundien. Ein unter der Regierung Nitti angenommenes Gesetz gewährte den Organisationen der Kriegsteilnehmer das Recht der Enteignung extensiver Kulturen. Die landwirtschaftliche Lage in Süditalien, das Ueberwiegen des Grossgrundbesitzes, d. h. gewaltiger extensiver Kulturen, die traurigen Arbeitsbedingungen der dortigen Bauern usw. veranlassten die Frontkämpferorganisationen, einen Teil dieser Gebiete zu besetzen und auf diese an sich simplistische und illegale Weise ein Recht geltend zu machen, das ihnen während des Krieges zugesprochen worden war. Da die Faschisten bei dieser Propaganda sehr energisch mitwirkten, hatten sie als letzte das Recht, auf diesem Gebiet Klage zu erheben. Noch im Jahre 1923, also nach der Machtergreifung Mussolinis, waren die faschistischen Gewerkschaften an solchen Enteignungen beteiligt, so z. B. in der Provinz Navarra, wo damals in verschiedenen Gemeinden insgesamt zehn landwirtschaftliche Besitzungen von ihnen besetzt wurden. In einem Artikel über die politische Bilanz des Jahres 1920 fasste Mussolini im «Popolo d'Italia» vom 31. Dezember 1920 die politische Bilanz des Jahres wörtlich wie folgt zusammen:

«Die kennzeichnenden Ereignisse des Jahres waren: 1. Die Enteignung von Grund und Boden, die gestattete, im Angesicht der Nation das Agrarproblem aufzurollen; 2. die Besetzung der Fabriken, durch die die alten rechtlichen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern umgestaltet worden sind und weiterhin umgestaltet werden.»

Umfangreicher und besser organisiert waren die Besetzungen der Fabriken, die gegen Ende des Sommers 1920 auf

Initiative des Metallarbeiterverbandes erfolgten und nahezu ausschliesslich die Metallindustrie betrafen.

Wenn man wissen will, weshalb dies geschah, so muss man die *Vorgeschichte* kennen. Nach der Rückkehr der grossen Arbeitermassen aus dem Kriege stellte sich — insbesondere in der Metallindustrie — natürlich angesichts der schwierigen und komplizierten Wirtschaftslage des Landes (Preissteigerung usw.) in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und Landesteilen die Frage der Lohnerhöhungen, d. h. der Revision der Kollektivverträge in den grossen Industrien. Verhandlungen wurden ordnungsgemäss mit den zuständigen Instanzen der Unternehmervereinigungen eingeleitet und dauerten vom Mai bis zum Juni. Die gemässigten Unternehmervertreter, die zum Teil schon vorschussweise Lohnerhöhungen zuerkannt hatten, wurden jedoch bald ausgeschaltet, und die grössten Scharfmacher traten an ihre Stelle. Sie lehnten schroff alle Forderungen ab. Trotzdem sich der Metallarbeiterverband bereit erklärte, weiter zu verhandeln, erklärten diese unversöhnlichen Elemente am 29. Juli, dass sie nicht daran denken, «die Gehälter ihrer Arbeiter an jenen der andern Industrien zu messen oder sie unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten festzulegen». Trotzdem versuchten die Gewerkschaften weiter zu verhandeln. Die Besprechungen zerschlugen sich am 12. August mit der brüskten Erklärung der Unternehmer: «Jegliche Diskussion ist überflüssig; wir machen niemand Konzessionen. Seit Kriegsende haben die Industriellen immer nachgegeben. Es ist genug. Wir weigern uns, und wir beginnen mit euch Metallarbeitern.»

Ueber dieses Verhalten war nicht nur die Arbeiterschaft, sondern die ganze öffentliche Meinung äusserst aufgebracht. Der Metallarbeiterverband leitete zunächst eine Bewegung der *passiven Resistenz* ein und gab seine Absicht kund, bei einer eventuellen *Aussperrung* der Arbeiter die Fabriken selber in Betrieb zu nehmen, indem die Arbeiter Tag und Nacht an ihrer Arbeitsstätte verbringen sollten (wie dies kurz vor diesem Kriege in Frankreich geschehen ist). Die Unternehmer hatten nur eine Antwort bereit: die Aussperrung. Als erstes Unternehmen schloss die Alfa Romeo in Mailand ihre Tore. Die Fabrikbesetzungen erfolgten, wobei etwa 500,000 Metallarbeiter dem Appell Folge leisteten. In einem Manifest wies der Metallarbeiterverband auf den strikten wirtschaftlichen Charakter der Aktion hin und erklärte die Besetzung der Fabriken als die einzige Möglichkeit, eine allgemeine Aussperrung zu verhindern. Unter Vermeidung jeglicher Sabotage sollten die Arbeiter die Produktion übernehmen und alles tun, um die Mitarbeit der technischen Kräfte und der Verwaltungsangestellten zu gewinnen. Die Arbeit wurde denn auch in der Tat in den betroffenen Fabriken in nahezu regelmässiger Weise fortgesetzt. Gleichzeitig wurden Anstrengungen unternommen, um dieser heikeln Lage ein möglichst baldiges Ende zu bereiten. Es kam zwischen dem Gewerkschaftsbund und den Industriellen zum Ab-

schluss eines Vertrages, in dem das Mitspracherecht der Arbeiter auf dem Gebiete der Leitung der Produktion niedergelegt wurde. Diese Massnahme sollte, wie es wörtlich in der Abmachung u. a. heisst, den Zweck haben, «eine Verbesserung der disziplinarischen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie eine Erhöhung der Produktion herbeizuführen, der ihrerseits einer kräftigen wirtschaftlichen Erholung des Landes untergeordnet ist». Es wurde zwischen der Landesorganisation der Unternehmer und dem Gewerkschaftsbund eine paritätische Kommission gebildet, um das aufgestellte Prinzip auch gesetzlich zu verankern. Die Metallarbeiter schlossen nach diesem Rahmenabkommen einen Kollektivvertrag ab, der diese Aktion mit tragbaren und verhältnismässig bescheidenen Zugeständnissen beendigte: angemessene Lohnerhöhungen, sechs bezahlte Ferientage pro Jahr, Entlassungsentschädigung in der Form von zwei Tageslöhnen pro Dienstjahr, periodische Anpassung der Löhne an die Lebensunterhaltskosten usw.

Damit war diese Aktion, die durchaus die Gunst der öffentlichen Meinung hatte, zu einem Ende gebracht. Der «Popolo d'Italia», die Zeitung Mussolinis, die den Kollektivvertrag und das Mitspracherecht feierte, sprach davon, dass für die italienischen Arbeiter eine neue Zeitepoche begonnen habe, da die von den Metallarbeitern erzielten Verbesserungen bald auch den andern Industrien zugute gekommen seien. Am 24. September 1920 übernahmen die Unternehmer in aller Ruhe wieder die Leitung ihrer Fabriken. «Es wäre unehrlich», sagt der Kommentar eines bürgerlichen Politikers aus dieser Zeit, «die Besetzung der Fabriken in Italien im Jahre 1920 als eine bolschewistische Machenschaft zu betrachten, da Ursachen und Ziele rein wirtschaftlichen Charakter hatten. Die Fabrikbesetzungen vollzogen sich ohne jegliche Sabotage und ohne Zerstörung von Besitztum. Sie wurden in legaler und friedlicher Weise zu Ende geführt.» Im «Popolo d'Italia» vom 2. Juli 1921, d. h. mehr als ein Jahr vor der Machtergreifung des Faschismus, schrieb Mussolini wörtlich: «Wer behauptet, dass es in Italien noch eine bolschewistische Gefahr gibt, der verwechselt aus Interessengründen die Furcht mit der Wahrheit.» (Auf dem Kongress des Gewerkschaftsbundes vom 26. Februar bis 3. März 1921 erhielten die Sozialdemokraten und Maximalisten 1,435,873 Stimmen, die Kommunisten 432,558.)

Wer den Faschismus als einen gesunden Rückschlag gegen den in den Fabrikbesetzungen zum Ausdruck gekommenen Radikalismus bezeichnet, wird schon durch die Tatsache eines bessern belehrt, dass diese Methode *zum erstenmal 17 Monate vor den Fabrikbesetzungen der Metallarbeiter von nicht sozialistischen Elementen angewandt wurde*, die mit Mussolini und den ersten Faschisten sympathisierten. Unter der Leitung von Nosengo, eines ehemaligen Interventionisten und Anhängers Mussolinis, besetzten damals die Arbeiter der Fabriken Franchi und Gregorini als erste in Bergamo ihre Arbeitsstätten.

III.

Man muss das Kind nie mit dem Bad ausschütten. Die Fabrikbesetzungen in Italien waren, rein wirtschaftlich gesehen, vor allem das Resultat des scharfmacherischen Verhaltens einer Gruppe von besonders hartgesottenen Industriellen, die glaubten, es darauf ankommen lassen und angesichts der wirtschaftlichen Zwangslage an die Grundrechte der Arbeiterschaft rühren zu können. Sie gehörten — um einen nützlichen und lehrreichen Vergleich mit unserm eigenen Lande zu machen — zu jener Sorte von «Herren im Hause», von der der Direktor des Schweizerischen Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes, Herr E. Speiser, kürzlich in seinen «Richtlinien zur Wahrung der Betriebssicherheit und des Arbeitsfriedens in Industriewerken» mit «Nachdruck» gesagt hat, «dass ein einzelner Unternehmer, der sich unsozial verhält, mehr Schaden anrichtet, als hundert sozialdenkende und -handelnde gutmachen können». Es waren Herren wie die Chemiebarone in Basel oder wie jene des Banken- und Versicherungskapitals (man denke an ihr Verhalten in der Frage des Lohnausgleichs und des Mehranbaues). Es war ein Geist, wie er z. B. aus den Ausführungen des Präsidenten der Vereinigung des Schweiz. Import- und Grosshandels spricht, deren Gedankengänge — wie der Pressedienst der «Nation» sagt — ungefähr auf die Feststellung hinauslaufen, die Schweiz habe kein Geld, um die sozialen Forderungen, wie sie gegenwärtig gestellt werden, in der Nachkriegszeit zu verwirklichen. Der Staat müsse eben heute privatwirtschaftlich denken usw. Es ging um Zusammenhänge, wie sie in einem sehr ernstesten und verantwortungsbewussten Artikel von Emil Giroud, Sekretär des Metallarbeiterverbandes, in «Suisse Contemporaine» dargelegt werden. Er stellt sich auf einen sehr hohen Standpunkt und sagt mit Recht, dass es sich, wenn neue menschliche und rechtliche Beziehungen sowie eine neue Gesinnung in der Wirtschaft herbeigeführt werden sollen, nicht nur um rein materielle Regelungen mit den Arbeitern handle, sondern die Sache auch eine moralische Seite habe: sie betrifft die «Bestrebungen der Arbeiter, der Arbeit jenen Ehrenplatz einzuräumen, der ihr zukommt. Der Arbeiter soll ein Mensch werden, der sich geachtet fühlt, der als Mitarbeiter und nicht als blosser Nummer in einer monströsen Maschine behandelt wird, die nur den Arbeitsertrag und die Dividende kennt» ... «Auch wenn die Löhne verdoppelt und die Ferien verdreifacht werden, so ist damit die soziale Frage nicht gelöst» ... «Ein wahrer Friede soll, wenn er dauerhaft sein soll, auf dem Recht und der Gleichheit der Vertragschliessenden beruhen.» Aus der gegenwärtigen Lage ergebe sich der Eindruck, dass «die Unternehmer den Arbeitsfrieden als ein glänzendes Geschäft betrachten, das ihnen ohne die geringste Konzession und das kleinste Opfer die Sicherheit der Arbeitskraft und die soziale Ruhe garantiert. Sie glauben, an ihren Gewohnheiten nichts ändern zu müssen und es

nicht nötig zu haben, auch nur den kleinsten Teil ihrer Vorrechte als Besitzende preiszugeben. Die Grossindustrie bleibt auf ihrem Standpunkt des Herrn im Hause stehen» ... «Die Jahre sind vorbeigegangen. Angesichts der Kälte, der Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit der Unternehmer ist der einfache Glaube der Arbeiter kalt geworden.»

Aber auch in materieller Beziehung, in bezug auf die rein kontraktlichen Rechte, sei ein Rückgang festzustellen. Besonders in der Uhrenindustrie, wo die Unternehmer «nicht mehr gerne durch Verträge mit den Arbeitern gebunden zu sein scheinen, werden die Kollektivverträge in Serien gekündigt». ... «Schon jetzt ist ein ganzer Teil der Uhrenindustrie ohne Verträge.» ... «In Arbeiterkreisen hat man das Gefühl, dass das Kapital seit der Auflösung der Kommunistischen Internationale gewisse Befürchtungen aufgegeben und dass die militärische Entwicklung die Befürchtungen der Besitzenden beschwichtigt hat. Als ob das soziale Problem seine Wurzeln in Moskau habe und die Axt der Londoner City, die man sehr abgestumpft glaubte, für die Niederlegung des Baumes der Revolution genüge!» E. Giroud, der sich in Wort und Schrift allzeit durch saubere Sachlichkeit auszeichnet und die Dinge auch in diesem Artikel vom höhern Standpunkt des Landes, unseres Vaterlandes, aus betrachtet, kommt zum Schluss, dass in nächster Zeit eine Revolution fällig sei. Wenn es auch nicht jene sei, die den Arbeitgeber des Besitzes seines Unternehmens enthebe, so doch jene, «die aus dem Beruf den gemeinsamen Besitz des Unternehmers und Arbeiters machen soll durch die Einführung der paritätischen Berufsgemeinschaft».

Jede Kette ist bekanntlich so stark wie ihr schwächstes Glied. In der Kette der Solidarität aller Staatsbürger in ernstesten Zeiten, wie wir sie heute erleben und in noch höherem Masse erleben werden, ist das schwächste Glied jenes, das diese Solidarität am leichtfertigsten aufs Spiel setzt. Es sind jene, die glauben, sich angesichts einer besonders starken Position alles herausnehmen zu dürfen.

Die Fabrikbesetzungen in Frankreich kurz vor diesem Kriege spielten sich auf ganz ähnlichen Hintergründen ab. Sie waren eine Antwort auf das Verhalten eines ganz besonders reaktionären Unternehmertums, von Scharfmachern, die lieber durch einen Krieg das Los ihres unvorbereiteten Landes aufs Spiel setzen wollten, als den Arbeitern auch nur ihre grundlegenden Rechte zu gewähren (Kollektivverträge, Organisationsfreiheit). Wenn die These widerlegt werden soll, dass der Faschismus lediglich ein Kind des Radikalismus der Arbeiterschaft sei, so dürfte übrigens das Beispiel Deutschlands genügen. Weniger radikal und revolutionär als die deutsche Arbeiterschaft konnte man sicherlich nicht sein. Es hat dort keine Fabrikbesetzungen gegeben. Staatserhaltender und vernünftiger als es die deutschen Gewerkschaften und ihre Leitung

waren, kann man überhaupt nicht sein. Der Weg zum Nationalsozialismus war in Deutschland ein Weg von gut gemeinten Konzessionen zu noch besser gemeinten Konzessionen: bis zu Brüning und Hindenburg.

Auch im zeitlichen Ablauf der Dinge besteht — wie wir schon gesehen haben — kein direkter Zusammenhang zwischen den Fabrikkbesetzungen und dem Faschismus. Schon gegen Ende 1920 gewannen die Kräfte des Gleichgewichts in Italien wieder weitgehend die Oberhand. Die Agitation der Arbeiterschaft kehrte in den Rahmen der Legalität zurück. Während im Jahre 1920 in Industrie und Landwirtschaft zirka 30 Millionen Streiktage (16 Millionen in der Industrie und 14 Millionen in der Landwirtschaft) zu verzeichnen waren, sind es im Jahre 1921 nur noch 8 Millionen (von 1911 bis 1914 durchschnittlich 4 Millionen pro Jahr). Im Jahre 1922 ging die Zahl noch weiter zurück. Mussolini begann sogar in seinem Verhalten zeitweilig zu schwanken. Am 23. Juli 1921 erklärte er seine Bereitschaft, mit den Sozialisten und andern bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten. Am 3. August unterzeichnete er feierlich einen Waffenstillstand mit den Sozialisten, den er allerdings nie gehalten hat. Es folgt im Oktober des gleichen Jahres der nationale Faschistenkongress im Augusteum in Rom, wo die Faschisten zum Schrecken der ganzen Bevölkerung und der Behörden in einer Weise hausten, die dem Kongress den Namen «Kongress der Vandalen» eintrug. Am 28. Oktober 1922 kommt es durch den Marsch auf Rom zur Machtergreifung. Auch nach der Machtergreifung spielen jedoch die regulären Arbeiterorganisationen noch eine grosse Rolle, ja, zeitweise glaubte Mussolini, angesichts der Bedeutung und Beliebtheit der Gewerkschaften, sich doch irgendwie mit ihnen verständigen zu müssen und zu können. Noch im Jahre 1924 erhielten z. B. bei 46 Wahlen der Betriebsvertretungen in den Tabakmanufakturen, in Unternehmen der Metall-, Textil- und chemischen Industrie (unter ihnen die berühmten Fiatwerke in Turin, die Fabriken von Pirelli, der Brown-Boveri in Mailand usw.) die Kandidaten des Gewerkschaftsbundes 52,737 Stimmen, jene der faschistischen Gewerkschaften 2989 Stimmen. Noch im Jahre 1925 haben die Faschisten in der Metallwarenfabrik Togni in Brescia einen Streik erklärt, in dessen Zusammenhang Augusto Turati, der nachmalige Generalsekretär der faschistischen Partei, an den Metallarbeiterverband einen Appell richtete, in dem es u. a. hiess: «Zur Zeit sind die Metallarbeiter in Brescia im Streik; sie müssen siegen.» Der Metallarbeiterverband, dessen Sekretär schon damals Bruno Buozzi war, hat noch in den Jahren 1924/25 91 Kollektivverträge für 295,000 Arbeiter abgeschlossen. Erst 1925 verzichtete der Faschismus endgültig darauf, die Arbeiterschaft durch freie Propaganda zu gewinnen. Da dies unmöglich erschien, wurde er totalitär. Bald wurde den Unternehmern, die oft die sachlichen Verhandlungen mit den freien Gewerkschaften den rein politischen Manövern der faschistischen Organisationen vorzogen, verboten,

mit den regulären Gewerkschaften zu verhandeln. Es folgt das Gewerkschaftsgesetz vom 3. April 1926, das die volle Unterdrückung der ganzen freien Gewerkschaftsbewegung einleitete.

Muss es, so wird vielleicht mancher Leser fragen, angesichts des langsamen Tempos und der geschilderten Umstände dieses Prozesses nicht als erstaunlich erscheinen, dass der Faschismus in Italien schliesslich doch ohne grossen Widerstand siegte bzw. dass das liberale Italien sozusagen über Nacht von der politischen Bildfläche verschwand (trotzdem schon damals Marschall Badoglio gesagt haben soll, dass «fünf Minuten Feuer» genügen würden, um die ganze Aktion der Faschisten scheitern zu lassen)? Wenn man sich über diese Tatsachen klar werden will, so muss man auch über die politischen Hintergründe sprechen, die wir in unserer Darstellung bis jetzt beiseite gelassen haben, weil wir vor allem den wirtschaftlichen Ablauf herausstellen wollten.

IV.

Italien gehört zu den Ländern, deren nationale Einigung lange auf sich warten liess und im Vergleich zu andern Nationen neuern Datums ist. Das erste italienische Parlament trat am 18. Februar 1861 in Turin zusammen. Noch 1865 verlegte die Regierung ihren Sitz von Turin nach Florenz; Rom ist erst 1871 Hauptstadt Italiens geworden. Es ist deshalb begreiflich und darf in mancher Hinsicht als mildernder Umstand betrachtet werden, dass in Italien die «politische Kategorie» eine grosse Rolle spielte, d. h. dass das Leben des Staates und der Gesellschaft allzeit in hohem Masse vom Spiel politischer Ideen und Ideale beherrscht wurde, einem Spiel, das oft ebenso schillernd wie unfruchtbar ist. Darauf ist es wahrscheinlich zum Teil auch zurückzuführen, dass Italien, das an nationalen Ambitionen und imperialistischen Gepflogenheiten allerlei nachzuholen hatte, oft unsichere und launische Wege wandelte. Man erinnere sich dabei nur an die seltsamen Wandlungen im letzten Krieg, wo Italien zunächst mit seinen nachmaligen Feinden verbündet war und sich dann sehr schnell und radikal umstellte. Wie die Politik im allgemeinen, so war auch die politische Bewegung der Arbeiterschaft ein Tummelplatz der verschiedensten Einstellungen und Ideologien. Dies zeigte sich schon im letzten Kriege, wo sich die gemässigten Elemente der Arbeiterbewegung für die Neutralität und die Extremisten, darunter Mussolini, für die «absolute Neutralität» aussprachen, worauf dann Mussolini der grösste Propagandist für den Eintritt Italiens in den Krieg geworden ist. Schon lange bevor Mussolini den exzentrischen Sorel zu seinem politischen Lehrmeister gemacht hatte, ging dieser in der italienischen Arbeiterbewegung um, zusammen mit sozialistischen, anarchistischen und syndikalistischen Ideen aller Schattierungen, bolschewistischem Gedankengut (besonders nach Beendigung des letzten Krieges), anti-zentralistischen und lokalistischen Neigungen, republikanischen Strömungen usw.

Dass die Alliierten Italien bei seinem Kriegseintritt im Jahre 1915 das Blaue vom Himmel herunter versprochen und dass später sehr wenige von diesen Versprechungen gehalten wurden, hat ebenfalls nicht zur politischen Beruhigung der Gemüter beigetragen *und ist ohne Zweifel an der Entwicklung zum Faschismus mehr schuld als die Fabrikbesetzungen und die damit zusammenhängenden sozialen Unruhen.*

Da Politik eine heikle Angelegenheit ist, möchten wir uns in der Darstellung des politischen Sachverhaltes auf einen Zeugen berufen, der es wissen muss und dessen Feststellungen gerade heute eine gewisse Bedeutung erhalten. Bruno Buozzi, der Sekretär des italienischen Metallarbeiterverbandes, der heute in Italien den Posten eines Kommissars des nach dem Sturz Mussolinis errichteten Industriearbeiterverbandes bekleidet und nach dem letzten Krieg bis zum Sieg des Faschismus die Geschicke des Metallarbeiterverbandes, also der grössten gewerkschaftlichen Organisation Italiens, leitete, hat in der Emigration in Paris zusammen mit V. Nitti eine Schrift und Bilanz verfasst, in der diese politischen Hintergründe des italienischen Dramas zwischen 1919 und 1926 mit grosser Offenheit umschrieben werden.

Wenn man dieses Buch liest, so fällt auf, wie sachlich einerseits gewerkschaftliche Dinge darin erscheinen und eine wie bemühte Rolle die «politische Kategorie» spielt. Wie die politische Unstabilität im bereits angeführten Sinne natürlich erklärt werden kann, so hat auch die sachliche gewerkschaftliche Wirksamkeit ihre natürlichen Ursachen. Sobald die politische Einigkeit Italiens angebahnt war, setzte auch der wirtschaftliche Aufschwung ein. Der Konsum von Treibstoffen aller Art (Kohle, Elektrizität usw.) stieg von 1 Million Tonnen im Jahre 1872 auf 15 Millionen im Jahre 1927 (von 1902 bis 1912 allein von 5 Millionen auf 12 Millionen). Die Zahl der Arbeiter in der Holzindustrie erhöhte sich von 1903 bis 1911 von 75,000 auf 213,000, jene der Metallindustrie von 104,000 auf 330,000 usw. Der Aussenhandel bezifferte sich im Jahre 1888 auf 2,5 Milliarden Lire, im Jahre 1913 auf mehr als 6 Milliarden Lire. Die durchschnittlichen Stundenlöhne stiegen von 0,171 Lire im Jahre 1871 auf 0,26 Lire im Jahre 1900. Wer die italienischen Gewerkschaften und Gewerkschafter an der Arbeit gesehen hat, weiss, was diese Zahlen bedeuten.

In welcher Weise sich in den entscheidenden Jahren 1919/26 die Politik gestaltete, zeigen nachstehende typische Zitate aus dem Buch Buozzis.

«Sozusagen niemand unter den Arbeitern hat je ernst die Möglichkeit des Sturzes der gegenwärtigen Ordnung sowie die gewaltsame Abschaffung des Privateigentums ins Auge gefasst. Die mündlichen Uebertreibungen gewisser kommunistisch angehauchter Führer der sozialistischen Partei nehmen von dieser Feststellung nichts weg. Symptoma-

tisch ist, dass der Gewerkschaftsbund sofort nach dem Krieg seine vorwiegend demokratischen Tendenzen bekundete, während sich die meisten Sozialisten als Extremisten aufspielten. Es schien, als ob eine vorübergehende Verzweiflung ihren Ausfluss fände in Parteiversammlungen und bei der Prüfung abstrakter Probleme, während anderseits in den Versammlungen der Gewerkschaften die Unzufriedenheit durch die Prüfung von Tatsachen und konkreten Problemen gebremst wurde» ... «Die von einer kleinen kommunistischen Mehrheit beherrschte Sozialistische Partei ist in drei Fraktionen gespalten und unfähig, sich ein konkretes Sofortprogramm zu geben» ... «In den ersten Monaten des Jahres 1919 befasste sich der Gewerkschaftsbund mit einer aktiven Propaganda für die Verwirklichung seines Programms. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sozialistischen Bewegung machen jedoch jeden Versuch einer ernsthaften Aktion unmöglich» ... «Die Minderheit der Partei, die befürchtete, die Erwartungen der Arbeiterschaft nicht zu erfüllen, fasst das Problem der Beteiligung an der Regierung nicht ernsthaft ins Auge, weil sie sich der nach unserer Ansicht unbegründeten Furcht hingab, dass sich das russische Experiment mit der Regierung Kerenski wiederholen könnte» (diese Erwägung spielt auch heute wieder eine gewisse Rolle, indem — vielleicht diesmal mit einem gewissen Recht — die Regierung Badoglio als eine Uebergangsregierung im Sinne der Kerenski-Regierung betrachtet wird, was allerdings die Entgegnung erlaubt, dass man vielleicht — wie die Bolschewiki seinerzeit in Russland! — gerade im entscheidenden Moment mit allen Kräften zur Stelle und dabei sein müsste, der Verf.) ... «So folgen sich die Monate. Im November 1919 ruft die Regierung Nitti die Italiener zur Wahl einer neuen Kammer auf Grund des allgemeinen Stimmrechts und des Proporzses auf. Damit konnte die Hoffnung auf eine Umgestaltung des politischen Regimes als erledigt betrachtet werden.»

Dass die italienische Arbeiterbewegung nach den Fabrikbesetzungen, d. h. dem Abschluss des erwähnten Rahmengesetzes über das Mitspracherecht und der Unterzeichnung des Kollektivvertrages des Metallarbeiterverbandes, nicht mehr recht über Wasser kam, führt Buozzi auf verschiedene Ursachen zurück.

«Die wichtigsten davon sind», so sagt er, «dass sich die Sozialistische Partei an diesem Abkommen desinteressierte, dass die kommunistische Partei es bekämpfte und der Gewerkschaftsbund nicht mehr so fest gefügt war, um die begonnene Schlacht weiterzuführen» ... «Die Faschisten begreifen, dass die Wirksamkeit der Gewerkschaftsbewegung zugunsten der Einheit vergeblich ist. Die politische Bewegung ist gespalten, entfernt sich von ihren ursprünglichen Tendenzen, ist von Moskau beeinflusst. Sie kann sich weder für die Revolution noch für die Teilnahme an der Regierung entschliessen und wird schliesslich wegen ihrer Unentschlossenheit geschlagen. Die Lage verlangt anderes als rein negative Haltung. Der Faschismus geht deshalb wieder zum Angriff über» ... «Der Gewerkschaftsbund ist bestrebt, die Sozialistische Partei zur Preisgabe ihrer sturen und negativen Haltung zu bewegen» ... «Am 12. Januar 1922 hält der Gewerkschaftsbund eine Exekutivsitzung ab. Nach eingehender Prüfung der

Lage wird die Leitung der sozialistischen Partei eingeladen, die parlamentarische Gruppe — die die stärkste Gruppe in der Kammer war — zu ermächtigen, die Regierung zu unterstützen, die die Wiedereinführung der grundlegenden Freiheiten garantiert. Buozzi und Dugoni stellten sich auf den Standpunkt, dass dies nicht genüge und man den Mut aufbringen müsse, die Verantwortung für die Teilnahme an der Regierung auf sich zu nehmen. Dieser Rat wird nicht befolgt. Die Sozialisten, bei denen die Extremisten die Mehrheit haben, täuschten sich, indem sie glaubten, dass sich das Bürgertum mitten in der Krise befinde, dass sein Zusammenbruch sich auf der ganzen Welt verallgemeinert hat, dass es seine Agonie vermittels des Faschismus zu verlängern suche und im übrigen seine Stunden gezählt seien» (eine Einstellung, die damals und später in Deutschland ebenfalls die Politik der Kommunisten bestimmte, der Verf.) ... «Trotz allem würde das Abenteuer, das Mussolini zur Macht gebracht hatte, das Ende einer tragischen Farce gefunden haben, wenn nicht ein ernster negativer Faktor vorhanden gewesen wäre: das Misstrauen und die Entmutigung der italienischen Arbeiterschaft, die Apathie der öffentlichen Meinung. Den Aufwallungen der ersten Nachkriegszeit und dem während zwei Jahren dem Faschismus geleisteten Widerstand folgte eine fast allgemeine Entmutigung. Die Arbeitermassen, die sich wieder an die Arbeit gewöhnt hatten, waren sich der bevorstehenden Gefahren bewusst, brachten jedoch kein Vertrauen mehr für irgendjemand auf.»

Woher kam dieser Vertrauensschwund? Offenbar hatten die Massen zu viele schöne und radikale Worte gehört und zu wenig Taten gesehen! Sie erlebten, was auch in andern Ländern beobachtet werden konnte und kann. Der starke und durch aktive Stellungnahme wach gehaltene Wille zur Aufrechterhaltung des bestehenden liberalen Staates war nicht mehr vorhanden, desgleichen nicht der Glaube, dass man im entscheidenden Augenblick zur Herbeiführung jener Reformen bereit war, über die man, so lange kein Umsturz in Sicht war, in sehr revolutionären Tönen redete. Hier können vielleicht einige Lehren gezogen werden.

Eine Revolution, die mehr ist als ein Versuch, den Pelz zu waschen, ohne ihn nass zu machen, wird meistens mit so viel Blut und Elend bezahlt und ist in ihren Endresultaten trotzdem so bescheiden, dass zunächst alles getan werden sollte, um sie zu vermeiden und das bescheidene Ziel durch Reformen zu erzielen. Dies darf insbesondere im Falle einer Gesellschaftsordnung gelten, deren Ideale man — wie z. B. jene der Freiheit im Liberalismus — zum Teil bejaht. In diesem Falle lässt es sich verantworten, dass alle, die guten Willens sind, nichts unversucht lassen, um sich zusammenzutun und den Umsturz sowie das Chaos zu vermeiden. Man kann dies schon deshalb tun, weil die Revolution, wenn sie in der Entwicklung liegt und die Zeit dafür reif ist, doch kommt, ja, wie die Geschichte zeigt, *in grösster Verblendung gerade von jenen gefördert und herbeigeführt wird, gegen die sie sich richtet.* Wer aus geschichtlicher Erkenntnis und ehrlichem Verantwortungsbewusstsein diese Einstellung hat, kann dann, wenn das unvermeid-

liche Unglück doch geschieht, um so besseren Gewissens dem verantwortungsbewussten Verhalten vor der Revolution ein ebenso verantwortungsbewusstes Vorgehen während der Revolution folgen lassen. Er kann nach besten Kräften dafür sorgen, dass, wenn der hohe Preis doch bezahlt werden muss, die neue Ordnung wenigstens mehr als ein Name ist und jene grundlegenden Aenderungen bringt, die die Menschheit tatsächlich ein Stück vorwärts bringen können. Es scheint jedoch, dass meistens gerade jene, die vor dem Umsturz in höchsten revolutionären Tönen reden, beim und nach dem Umsturz versagen und kleinlaut werden. So war es in Italien ... und anderswo.

V.

Was die sich bis zur Machtergreifung in Italien folgenden Regierungen betrifft, d. h. die Träger des im letzten Jahrhundert mit so viel Hingabe und Begeisterung von tatenfrohen und beweglichen Männern aus der Taufe gehobenen liberalen italienischen Staates, so waren es Regierungen der guten und schönen Worte. Jeder wusste, wo der Schuh drückt. Alle klagten über die müden Füße, niemand befasste sich ernsthaft mit dem Schuh.

Wenn man sich der Appelle, Manifeste und Verlautbarungen dieser Regierungen erinnert, so denkt man unwillkürlich an den Zweck und Inhalt der im dritten Kapitel erwähnten Richtlinien des Direktors des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes. Wir möchten damit die sicherlich gut gemeinten Worte von Direktor Speiser, die wir voll unterschreiben, nicht herabsetzen. Wir sind uns bewusst, dass er an seiner Stelle nicht viel mehr sagen kann und darf, dass es schon allerlei ist, wenn im schweigsamen Kreis unseres Regierungsapparates jemand den Finger auf wunde Stellen legt und sich einige Gedanken macht über das, was kommen muss, falls gewisse Entwicklungen eintreten, d. h. wenn die Kriegs- und sonstige Konjunktur vorbei ist.

Herr Direktor Speiser hat in verdienstlicher Weise das Thema angeschnitten. Er denkt dabei an das für ihn und den Staat zunächstliegende: die Betriebsicherheit und den Arbeitsfrieden. Wenn sich jedoch einmal die Lage einstellt, die wir alle befürchten, so werden die Betriebsicherheit und der Arbeitsfriede nur standhalten, falls das vorhanden ist, was ihnen vorausgehen muss: die Arbeitssicherheit und die unserer Wirtschaft und Zeit gemässe Organisation und Einschaltung der Arbeit. Auch in Italien — wie in den kritischen Augenblicken in Deutschland und Frankreich — wurden Worte gefunden und wiederholt, wie wir sie in den genannten Richtlinien finden. Es wird darin auf die mannigfachen materiellen und ideologischen «Gefahren für die Betriebsicherheit» hingewiesen. Es wird die für ihre Beschwörung notwendige «Aufklärung» verlangt und umschrieben. Es wird auf die verschiedenen Pflichten der Unternehmer aufmerksam gemacht: Auf die «Pflicht jedes Arbeitgebers, bis an die Grenze seiner Lei-

stungsfähigkeit» zu gehen und durch Ausrichtung von Teuerungszulagen und andern Hilfen «den Arbeitnehmern die Last der Teuerung zu erleichtern», auf die «Pflicht der Pflege der menschlichen Seite des Arbeitsverhältnisses», auf «das Recht und die Pflicht», jene Betriebsinhaber, die ihren Pflichten nicht nachkommen, «an ihre Aufgaben zu erinnern» usw.

Wir kommen mit der blossen Aufzählung von Rechten und Pflichten — auch jenen der Arbeiterschaft, die sie übrigens den Feststellungen Dir. Speisers zufolge erfüllt hat — nicht mehr aus. Die fortgeschrittenste Demokratie kann nicht weiter kommen, nämlich zu einer zeitgemässen vernünftigen Organisation der Wirtschaft, die das Schicksal der kommenden Zeit und Welt ist, wenn die grundlegenden Rechte und Pflichten der Staatsbürger auf diesem Gebiet lediglich Gegenstand von Wünschen und Proklamationen sein können, wenn sie nur auf dem Papier oder noch nicht einmal auf dem Papier stehen. Kein politischer Staat kann ein Rechtsstaat bleiben und Bestand haben, wenn die Einhaltung der Urteile seiner Rechtsprechung der Willkür der Staatsbürger überlassen bleibt. Kein Staat, der in die Aufgabe der Ordnung der Wirtschaft hineingeboren wird, kann zu dieser Ordnung gelangen, wenn bei Beschlüssen und Urteilen, die diese Ordnung nötig macht, die eine oder andere Partei nach einigen Kontakt- und Fühlungnahmen oder gar nach einstimmigen Urteilen oder sonstigen Stellungnahmen einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Wenn wir nicht wenigstens die grundlegenden Rechte und Pflichten genau umschreiben und dafür sorgen, dass sie tatsächlich auch eingehalten werden und Gegenstand von «Verpflichtungen» sind, so wird die Angelegenheit zum Schluss immer auf das hinauslaufen, was wir vermeiden wollen: den Aufstand der einen oder das, was auch im Schlussabschnitt der Richtlinien von Herrn Dir. Speiser als ultima ratio erwähnt wird und allerdings — im Gegensatz zu den Empfehlungen der andern Abschnitte — sehr Handfestes enthält: die Polizei und das Territorialkommando.

Auch in Italien kam es so weit. Die ultima ratio der Polizei und Armee versagte, und der Faschismus war da. Was das eine Mal Faschismus heisst, kann das andere Mal anders heissen. —

Nun ist der Faschismus gestürzt. Viele meinen, damit sei die Sache erledigt und man könne wieder dort anfangen, wo man früher aufgehört hat. Man spricht sogar von einem neuen Risorgimento und glaubt, dass man mit einigem zusätzlichen Pathos einfach die Gloria der Zeit der politischen Einigung Italiens fortsetzen könne. *Der Sturz des Faschismus ist jedoch noch kein Beweis dafür, dass der Liberalismus in allem recht hatte und die demokratische Staatsform nicht der geringsten Verbesserung und Anpassung bedarf, dass das schöne Spiel der politischen Hochzeiten und der diplomatischen*

Formeln einfach weitergehen kann. Wenn jene, die zur Zeit für die Geschicke der Welt verantwortlich sind und sie in der Hand haben, sich darüber nicht klar werden, so kann sehr wohl der *«Sieg der Demokratie und Freiheit» post festum gerade ihr endgültiger Untergang sein.*

VI.

Die Sozialistische Partei Italiens hat den ersten Teil der sich aufzwingenden Schlussfolgerungen gezogen. Aus ihrem kurz nach dem Umsturz veröffentlichten Manifest kann geschlossen werden, dass das alte Spiel aus ist und es sich nicht darum handeln kann, aus dem Arsenal des Liberalismus die ältesten Ladenhüter an Menschen und Ideen hervorzuholen: *«Diese sogenannten Liberalen repräsentieren nichts: es sind Tote, die ihre Toten bestatten.»*

Weniger klar sind den bis jetzt bekanntgewordenen Auslassungen aus italienischen sozialistischen Kreisen nach zu schliessen die Gedanken, die man sich darüber macht, durch was und wen diese Toten ersetzt werden sollen. Es genügt wohl kaum, wenn die sozialistische Partei Italiens an die *«demokratischen Mächte»* in der öffentlichen Meinung von England, Amerika und Russland (!) appelliert, *«damit auf der Friedenskonferenz mit den Delegierten des italienischen Volkes die Verhandlungen auf der Grundlage der Atlantic-Charter geführt werden»*, und wenn den übrigen Oppositionsbewegungen vorgeschlagen wird, unverzüglich die Vorbereitungen für einen Generalstreik zu treffen zur Erlangung von Zielen wie die Freilassung aller politischen Gefangenen und Internierten, die Einstellung des Krieges, die Aufhebung der Monarchie, die Pressefreiheit, die Einführung der gewerkschaftlichen und politischen Freiheit. Es genügt nicht, die Abschaffung des Zwanges zu feiern und zusammen mit allen andern Parteien Proklamationen der Freiheit und des *«neuen Weges»* zu erlassen.

Darüber war sich Buozzi schon in der Emigration klar. Er sagt in diesem Zusammenhang am Schluss seiner Schrift in einer Zukunftsbetrachtung u. a.: *«Keiner denkt daran, dass es sich nur darum handelt, einfach zum politischen und wirtschaftlichen Leben Italiens vor dem faschistischen Abenteuer zurückzukehren. Die Praxis der Freiheit hat bereits unabhängig von der faschistischen Aktion gewisse Illusionen und Irrtümer ausgemerzt und korrigiert, die von den Unruhen der Nachkriegszeit genährt wurden, und zwar nicht nur in Italien»* ... *«Wir wollen dem Begriff ‚Freiheit in einer demokratischen Regierungsform‘ seinen wahren und tiefen Sinn geben. Wir glauben auch, dass es unehrlich und dumm ist, den demokratischen Geist mit gewissen Institutionen zu verwechseln, die sich auf ihn berufen. Wenn man die Demokratie für gewisse Abweichungen des Parlamentarismus und der Demagogie oder die liberale Idee für einzelne Uebertreibungen verantwortlich macht, so legt man, gelinde gesprochen, den Beweis eines böswilligen und falschen Geistes ab.»*

Mit einem Wort, Buozzi ist mit Recht der Ansicht, «dass das grosse Problem aller zivilisierten Länder heute darin besteht, dass alle Werktätigen, alle an der Produktion Beteiligten, aufs engste mit dem Leben und den Beziehungen der Wirtschaft verbunden sind, dass sie in ihrer Eigenschaft als Produzenten am politischen Leben der Nation teilnehmen».

Welchen Lauf auch die Dinge in Italien nehmen werden, so ist die Erfüllung dieser Forderung — wie andernorts — der Prüfstein dafür, ob sich tatsächlich eine neue Ordnung abzeichnet!

Für ein organisiertes Europa!

Von Dr. Wilhelm Feld.

In den Kreisen der alliierten Diplomatie ist in neuester Zeit eine Art Panik ausgebrochen, weil man da und dort die Befürchtung hegt, der Friede könnte überraschend und «zu früh» ausbrechen. Weshalb zu früh? Man ist auf seiten der Alliierten in mancher Hinsicht schlecht oder überhaupt nicht auf den Frieden und die kommenden Dinge vorbereitet, das heisst, man ist nicht über den Begriff der «bedingungslosen Kapitulation» der Feinde und jene allgemeinen Prinzipien der Friedensgestaltung hinausgekommen, wie sie zum Beispiel in der «Atlantik-Charta» niedergelegt sind. Aus Gründen der politischen und ideologischen Gegensätze im Lager der «vereinten» Nationen will man oder kann man nicht an die Ordnung von morgen denken. Die kriegführenden Länder, die vorläufig mit einem gewissen Recht immer noch sagen dürfen, dass es zunächst gilt, den Krieg zu gewinnen, können dabei auf mildernde Umstände Anspruch erheben. Nicht so die Neutralen.

Die «Gewerkschaftliche Rundschau» hat es sich deshalb schon seit langem zur Aufgabe gemacht, ausserhalb und über allen politischen Erwägungen auf jene Fragen einzugehen, auf die es ankommt: auf die wirtschaftlichen Probleme der Nachkriegszeit. Es gilt dabei, einen Mittelweg zu finden zwischen schöpferischer Freiheit und jener wirtschaftlichen Organisation, die allein die Nutzbarmachung der unerschöpflichen Schätze unserer Erde garantieren kann und nicht nur eine höhere Stufe nationaler Zusammenarbeit, sondern auch ein systematisches Zusammenspiel im Rahmen Europas und der Welt voraussetzt.

Die Ueberwindung totalitärer Ideen wird vergeblich sein, wenn sich die führenden Mächte dieser Welt vorstellen, einfach wieder zum alten Laisser-faire-Schlendrian zurückkehren zu können, wie man sich dies in den verschiedensten politischen Lagern (zum Beispiel im Falle von Italien) vorstellt. Wenn der Faschismus gestürzt ist, ist dies an sich noch kein Beweis, dass die Demokratie ältester liberalistischer Observanz in ihrer ganzen trügerischen Glorie gerechtfertigt ist und es lediglich gilt, ihre «Restauration» zu betreiben. Alle «Restorationen» sind in der Geschichte der Menschheit Zeitverlust und Zwischenspiele auf dem Weg nach vorwärts gewesen! Wenn der «Sieg der Freiheit und Demokratie» lediglich darin besteht, dass die ältesten politischen und wirtschaftlichen Ladenhüter an Ideen und Menschen wieder aus dem Staub der Vergangenheit zu Ehren und Würden erhoben werden, so wird gerade der Sieg der Demokratie ihren sichern und endgültigen Untergang bedeuten!